



HESSISCHER LANDTAG

13. 09. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Kleinstaaterei im ÖPNV beenden – Ja zur Flatrate, Chancen der Digitalisierung und Entbürokratisierung nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung mit der Einführung des 9-Euro-Tickets für die Monate Juni, Juli und August 2022 eine unkomplizierte und für jeden zugängliche Möglichkeit zur deutschlandweiten Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) geschaffen hat. Die Maßnahme hat für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gesorgt und die Wirkung steigender Energiekosten und Inflation gedämpft. Das 9-Euro-Ticket war ein Erfolg. Das erstmalig geschaffene Angebot eines bundesweit gültigen ÖPNV-Tickets wurde insgesamt 52 Mio. mal verkauft. Das 9-Euro-Ticket hat die Überwindung des Tarifdschungels und der unzähligen Verkehrsverbünde ermöglicht und durch den Onlineverkauf des Tickets zugleich gezeigt, welche Chancen die Digitalisierung bietet.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine dauerhafte Nachfolgelösung die Erfolge der Entbürokratisierung und Digitalisierung langfristig sichern muss. Die Chancen der Digitalisierung des ÖPNV zu nutzen, führt nicht nur zu Kostensenkungen, sondern auch zu einem besseren Angebot für alle Nutzer des ÖPNV.
3. Der Landtag stellt auch fest, dass eine dauerhafte Nachfolgelösung nachhaltig finanzierbar sein muss. Das Nachfolgeticket darf die Haushalte der Länder und des Bundes nicht überlasten. Die Reduzierung von Investitionen in das Streckenangebot des ÖPNV darf dabei nicht die Folge der Finanzierung einer möglichen Nachfolgelösung sein.
4. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Bereitstellung und die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen der Daseinsvorsorge in der Verantwortung der Bundesländer liegen. Um sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen, stellt der Bund Mittel im Rahmen des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz) zur Verfügung. Sie betragen rund 10 Mrd. €. Der Bund kommt daher bereits seinem gesetzlichen Auftrag nach.
5. Der Landtag begrüßt besonders, dass die Bundesregierung den Ländern – zusätzlich zu den bereits umfangreichen Regionalisierungsmitteln – weitere Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. € im Rahmen des 65 Mrd. € schweren dritten Entlastungspakets bereitstellen will. Diese werden zudem aufgefordert, sich an der Finanzierung eines Nachfolgetickets angemessen zu beteiligen.
6. Der Landtag bedauert, dass Hessen seiner gesetzlichen Aufgabe zur Bereitstellung ausreichender Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr in den letzten Jahren nur unzureichend nachgekommen ist. Die originären Landesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr liegen unter 3 % des Gesamtbudgets. Damit ist die angestrebte Stärkung des ÖPNV, insbesondere eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Fläche, unmöglich.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz dafür einzusetzen, eine tragfähige Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket zu schaffen. Nachdem der Bund die Bereitschaft signalisiert hat, seinerseits Mittel für die Finanzierung einer dauerhaften Nachfolgelösung bereitzustellen, ist nun Hessen in der Pflicht. Statt immer nur weitere Unterstützung des Bundes zu fordern, muss die Landesregierung selbst entsprechende zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen, damit eine Nachfolgelösung des 9-Euro-Tickets in Hessen sichergestellt ist und die Verkehrsverbünde RMV und NVV trotz steigender Energiekosten für ein gutes Angebot in ganz Hessen sorgen können. Dabei ist besonders auf die Finanzierbarkeit des Nachfolgetickets zu achten. Zudem muss sich

die Landesregierung für eine strukturelle Reform des ÖPNV-Angebots einsetzen. Dazu gehören sowohl die schnelle Überwindung des Tarifdschungels, der umfangreiche Ausbau der Digitalisierung des Nahverkehrs, als auch die perspektivische Reform der Struktur der Verkehrsverbände.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. September 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock